

**Rede des Kölner Oberbürgermeisters Fritz Schramma anlässlich des Gedenkens an den Volksaufstand in der sowjetischen Besatzungszone am 17. Juni 1953 vor Eintritt in die Tagesordnung der Ratssitzung am 17. Juni 2003, 14 Uhr, Piazzetta**

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

eine halbe Million Streikende in der ganzen sowjetischen Besatzungszone, über 400.000 Demonstranten.

140 gestürzte Partei- und Verwaltungsgebäude, 1400 befreite Häftlinge in mindestens 12 Gefängnissen.

13.000 Festnahmen, über 1600 Verurteilungen, davon zwei zum Tode neben 18 standrechtlichen Erschießungen durch die Rote Armee. Insgesamt sterben mindestens 125 Menschen.

Das ist die Bilanz des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin.

Eines Aufstandes, der in „demokratischer Urgewalt“ innerhalb von Stunden zu einer „Massenbewegung für freie Wahlen“ wurde, wie der langjährige Mitarbeiter der Gauck-Behörde, Hubertus Knabe, ihn charakterisiert.

Als Oberbürgermeister einer Stadt, in der sich die Forderung nach Selbstbestimmung und Selbstverwaltung schon im späten Mittelalter durch den „Verbundbrief“ manifestierte, ist es mir besonders wichtig, heute mit Ihnen dieses Aufstandes zu gedenken.

Freie Wahlen und Selbstbestimmung sind seit 1949 in der Bundesrepublik selbstverständlich. Der Rat der Stadt Köln steht für diese Form der Demokratie im kommunalen Bereich.

Die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR mussten jedoch lange Jahre auf Freiheit und Selbstbestimmung warten.

Fast zwei Monate nach den Ereignissen des 17. Juni, am 4. August 1953, wurde in Bonn das „Gesetz über den Tag der Deutschen Einheit“ verabschiedet. In ihm hieß es, ich zitiere: „Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der Sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist dadurch zum Symbol der deutschen Einheit geworden.“ (Zitatende)

Bis zur Wiedervereinigung erinnerte der 17. Juni alljährlich an die schmerzhaftige Teilung Deutschlands. Er erinnerte an den unbändigen Willen der Deutschen in der DDR, sich gegen ungerechte Herrschaft, gegen Ideologisierung, gegen Unterdrückung und Willkür zu erheben. Er war ein Zeichen der Hoffnung, die Teilung eines Tages zu überwinden.

Der 17. Juni schien aber auch das allgemeine Vorurteil zu bestätigen, dass Revolutionen in Deutschland zum Scheitern verurteilt sind.

Die Ereignisse 1989 haben dieses Vorurteil widerlegt. Sie haben die Einheit Deutschlands hervorgebracht, haben Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen geschaffen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Die Geschichte des 17. Juni steht aber auch kennzeichnend dafür, wie schnell Ereignisse aus dem Gedächtnis verschwinden können. Zwar erinnerten viele Straßen in der Bundesrepublik an den Aufstand, wurde der Feiertag gerne für einen Kurzurlaub genutzt.

Der Gedanke an eine mögliche Wiedervereinigung verblasste jedoch nach und nach.

Gerade deshalb möchte ich mit Ihnen heute der Ereignisse vor 50 Jahren gedenken.

8 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur wandten sich mutige Bürgerinnen und Bürger gegen Willkürherrschaft und Unterdrückung.

Ich bitte Sie deshalb, sich im Gedenken an die Opfer des 17. Juni und in Hochachtung vor denen, die sich damals mutig für Freiheit und Selbstbestimmung einsetzten, von ihren Plätzen zu erheben.

(Gedenkminute)

Ich danke Ihnen.

Ich möchte an dieser Stelle überleiten auf die Ihnen vorliegende Beschluss-Vorlage der Verwaltung. Sie steht im Anschluss an meine Ausführungen zur Abstimmung.

Ihr Inhalt ist, eine Straße in Köln-Kalk als „Straße des 17. Juni“ zu benennen. Diese Vorlage folgt einer einstimmig gefassten Empfehlung der Bezirksvertretung Kalk.

Der vorgeschlagene Straßename für diese Straße, die ein Teil der Westumgehung Kalk ist, korrespondiert mit zwei Straßennamen in unmittelbarer Nachbarschaft: Nämlich der Geschwister-Katz-Straße und dem Walter Pauli-Ring. Die Geschwister Katz waren jüdischen Glaubens und dadurch in der NS-Diktatur staatlichem Terror unterworfen.

Markus Katz arbeitete in der CFK als kaufmännischer Angestellter, wurde aber auf Druck der Nazis in den Düngemittel-Keller versetzt und verstarb 1940 an den Folgen seines Kontakts mit schädlichen Substanzen. Seine Schwester Amalie wurde 1941 nach Lodz deportiert und später für tot erklärt.

Walter Pauli wurde als Polizeibeamter am 09.05.1975 bei einer Personen- und Fahrzeugkontrolle erschossen. Die drei Tat-Verdächtigen waren der Terroristen-Szene zuzurechnen.

Die „Straße des 17. Juni“ steht somit übergeordnet als Zeichen für den Widerstand gegen Willkür, Ideologie und Unterdrückung. Ich wünsche uns allen und allen nachfolgenden Generationen, dass niemand eine solche Zeit jemals wieder miterleben muss.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu dieser Vorlage.

[Quelle: <http://www.stadt-koeln.de/ob/reden/index.html>]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---